



„Für die Regierung existiert das Problem nicht“

Interview mit Emanuel Zuu von der *Polnischen Flüchtlingsvereinigung*

Wolfgang Pomrehn

Flüchtlinge sind in Polen etwas relativ neues. Erst sei knapp 15 Jahren kommen sie in nennenswerter Zahl ins Land. Entsprechend rar gesät sind Vertretungen und Organisationen der Betroffenen, die in der Öffentlichkeit wahrgenommen würden. Das will die „Polnische Flüchtlingsvereinigung“ ändern, die derzeit intensiv am Aufbau von Strukturen arbeitet. Einige unermüdliche Flüchtlinge und Polen/innen bemühen sich redlich eine politische Vertretung und soziale Beratung aufzubauen. In einem so genannten ethnischen Rat sind ein bis zwei VertreterInnen aus jedem Herkunftsland vertreten, die den schnellen Kontakt zu den jeweiligen Gruppen herstellen können. Bisher wird die Arbeit allerdings durch fehlende finanzielle Mittel sehr beeinträchtigt. In Kürze hofft man mit Unterstützung der Warschauer Kommune endlich ein eigenes Büro eröffnen zu können. Außerdem befindet sich die zweite Nummer eines mehrsprachigen Magazins (*Voice of Exile*) in Vorbereitung. Wir sprachen mit dem Vorsitzenden der Organisation *Emanuel Zuu*, der bereits seit den 1980er Jahren in Polen lebt.

Schlepper: Polen hat vor einem knappen Jahr sein Asylverfahren an EU-Standards angeglichen. Wie ist heute die Lage der Flüchtlinge in Polen?

Emanuel Zuu: Ich glaube nicht, dass sich die Lage der Flüchtlinge mit den neuen Gesetzen sehr verändert hat. Die Regierung spielt die Probleme der Flüchtlinge herunter und redet nicht darüber. Viele Leute in Polen wissen nicht einmal, wer die Flüchtlinge sind. Für Flüchtlinge ist das nicht gerade eine Ermunterung, in Polen zu bleiben, und in der Tat lassen sich die wenigsten hier nieder. Rund 85 Prozent der Flüchtlinge, die ins Land kommen, ziehen in westliche Länder weiter.

Mit dem Beitritt zur EU und dem Inkrafttreten der Dublin-II-Konvention in Polen, können die anderen EU-Staaten künftig Flüchtlinge nach Polen zurückschicken, die dort bereits Asyl beantragt hatten. Das heißt, sie haben diese Möglichkeit der Weiterreise in den Westen nicht mehr. Stellt sich also die Frage, wird in Polen genug für die Integration der Flüchtlinge getan?

Derzeit wird sehr viel von Integration geredet, aber sehr wenig getan. Die EU hat

verschiedene Programme für die Eingliederung von Flüchtlingen. Vor zwei Monaten haben wir an einer Konferenz in Holland teilgenommen. Es wurde davon gesprochen, dass Polen und Ungarn das niederländische Modell übernehmen sollen. Jetzt wartet die Regierung in Warschau auf die Bewilligung von EU-Geldern, um diese Integrationsprogramme zu starten. Es geht vor allem um intensive Sprachkurse. Nach einem Jahr sollen die Flüchtlinge so gut Polnisch können, dass sie auf dem Arbeitsmarkt eine Chance haben und sich in die Gesellschaft eingliedern können. Ohne Sprachkenntnisse gibt es keine Integration.

Aber natürlich gehören auch die Menschenrechte dazu. Ohne Gleichbehandlung keine Integration. Doch auch das hat etwas mit den Sprachproblemen zu tun. Wenn ich die Sprache des Landes, in dem ich lebe, nicht beherrsche, kann ich mich schlecht für meine Rechte einsetzen.

Daneben gibt es aber noch andere Probleme: Die Flüchtlinge sind isoliert, keiner kümmert sich um sie, und es ist unglaublich schwer, eine Wohnung zu finden. Mancher landet einfach auf der Straße. Das sind die Gründe, weshalb keiner bleiben will.

Was muss sich an der Politik ändern, damit das besser wird?

Wir wollen, dass die Flüchtlinge in die Integrationsprogramme einbezogen werden. Diese Programme können nicht funktionieren, wenn man nicht mit den Betroffenen spricht, ihre Sorgen und Probleme nicht einmal kennt. Das gilt auch für einige der Nichtregierungsorganisationen. Sie haben zu wenig Kontakt zu den Flüchtlingen, obwohl sie deren Interessen verteidigen wollen. Das kann nicht gut gehen. Man spricht eher über als mit den Flüchtlingen.

Was das Wohnungsproblem angeht, so geht es den Flüchtlingen wie den anderen Obdachlosen. Beide Gruppen haben ein großes Problem. Aber es gibt viele runtergekommene, leerstehende Gebäude, die der Regierung gehören. Die könnte man diesen Menschen überlassen, damit die sie in Eigenarbeit renovieren und nutzen.



Ist Rassismus in Polen ein Problem?

Ja. Es kommt vor, dass Flüchtlinge zusammengeschlagen, oder auf den Behörden schlecht behandelt werden. Aber Rassismus gibt es überall. Auch in Asien oder in Afrika. Die Frage ist allerdings: wie viel? Und wir denken, dass ein vernünftiges Integrationsprogramm den Rassismus vermindern würde. In manchen Fällen ist es auch einfach eine Frage der fehlenden Aufklärung. Es gibt in diesem Land sehr wenige Ausländer und noch weniger Flüchtlinge. Deshalb wissen die meisten Polen nicht einmal die einfachsten Dinge über die Menschen, die zu ihnen kommen.

Welche Rolle spielt die Regierungspolitik in diesem Zusammenhang? Finden Sie Unterstützung, wenn Sie über Rassismus klagen?

Für die Regierung existiert das Problem nicht. Es gibt keine offizielle Politik gegen Rassismus, keiner spricht darüber, und das macht es für die Flüchtlinge natürlich schwerer sich zu beklagen.

POLSKA AKCJA HUMANITARNA

(PAH, Polnische Humanitäre Aktion)
(21.7.04)
ul. Szpitalna 5/3
00-031 Warszawa
Tel: 0048 22 828 88 82
Fax: 0048 22 831 99 38
Email: pah@pah.org.pl

HELSINKI-STIFTUNG FÜR MENSCHENRECHTE

ul Zgoda 11
00-018 Warszawa
Tel.: 0048-22-556 44 66
0048-22-828 20 08
Fax: 0048-22-828 69 96
www.hfhrpol.waw.pl

UNHCR IN WARSCHAU

Al Róz 2
00-556 Warszawa
Tel.: 0048-22-628 69 30,
0048-22-628 61 46
Fax: 0048-22-628 61 24
www.unhcr.pl

POLNISCHE FLÜCHTLINGSVEREINIGUNG

Email: assref@hotmail.com

